

Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen



Bild: Protest gegen das Asylbewerberleistungsgesetz in Freiburg 1994

**Bundesweite dezentrale Aktionswoche
vom 20. bis 26. Mai 2023**

Ausgrenzung beenden!

Podiumsdiskussion

Hannover Faust, Bettfedernfabrik

16. Mai 2023, 19:30

mit:

**Filiz Polat
Claire Deery**

**Andrea Kothen
Susanne Köhring**



Flüchtlingsrat
Niedersachsen e.V.

in Kooperation mit



STIFTUNG LEBEN & UMWELT
HEINRICH BÖLL STIFTUNG NIEDERSACHSEN

**Seit 30 Jahren umkämpft - seit 11 Jahren verfassungswidrig
Von Anfang an rassistisch motiviert**

Das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!

**Podiumsdiskussion
und im Livestream auf dem
Youtube-Kanal vom FAUST-TV**

Vor 30 Jahren, im Mai 1993, trat das Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft. Dieses Gesetz schränkt Menschen im Asylverfahren und Geflüchtete mit Duldung in ihren sozialen Rechten stark ein. Das Gesetz ist als Teil des sog. "Asylkompromisses" zwischen den damaligen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP sowie der Oppositionspartei SPD ausgehandelt worden mit dem Ziel, Schutz suchende Menschen von Deutschland fern zu halten. Die Leistungen für Geflüchtete liegen z.T. deutlich unter den Hartz 4 - Leistungen, die das Bundesverfassungsgericht als Maßstab für das Existenzminimum herangezogen hat. In den ersten 18 Monaten - und zuweilen auch länger - findet eine Gesundheitsversorgung nicht über die Krankenkassen statt, was immer wieder zu Schwierigkeiten bei der angemessenen medizinischen Behandlung führt. Das Bundesverfassungsgericht hatte bereits im Juli 2012 das Asylbewerberleistungsgesetz für verfassungswidrig erklärt. "Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren", stellte das BVerfG kategorisch fest. Trotzdem ist dieses offensichtlich grundgesetzwidrige Gesetz bis heute nicht abgeschafft.

Die Bundesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung angekündigt, das umstrittene Asylbewerberleistungsgesetz „im Lichte der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts“ weiterzuentwickeln. Auch die Gesundheitsvorsorge soll unbürokratischer erfolgen. Was das genau bedeutet ist bis heute unklar – denn die konsequente Umsetzung der Rechtsprechung wäre die Abschaffung des diskriminierenden Sonderleistungsregimes. Anlässlich der Kampagne zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetz wird der Flüchtlingsrat Niedersachsen in einer Podiumsdiskussion die ausgrenzenden und diskriminierenden Wirkungen des Gesetzes auf Geflüchtete darstellen, eine verfassungs- und sozialrechtliche Bewertung vornehmen und Strategien mit dem Ziel der Abschaffung des Gesetzes debattieren.

Unsere Gäste:
Andrea Kothen (Pro Asyl)
Claire Deery, Rechtsanwältin (Göttingen)
Susanne Köhring (AK Asyl Göttingen)
Filiz Polat (MdB Bündnis90/Die Grünen)

**Dienstag, 16. Mai, 19:30, Warenannahme, Bettfedernfabrik 3, 30451 H
und live auf: <https://www.youtube.com/@KulturzentrumFaustHannover>**